

und Zusagen des nicaraguanischen Regimes. Da Friedenswille nur an Taten zu messen ist, muß gerade im Fall des besonders argwöhnisch beäugten Nicaragua abgewartet werden. Eindeutig gegen die Vereinbarungen des Friedensplans verstößt das Regime mit seiner Weigerung, Gespräche mit den Rebellen aufzunehmen. Zu Gesprächen mit der politischen Opposition am 5. Oktober lud Ortega nur „bekehrte Contras“ ein.

Zu *Zugeständnissen an Kirche und Opposition* im Land könnten sich die Sandinisten indes auch aufgrund ihrer geschwächten Machtposition gedrängt sehen. Die *katastrophale Wirtschaftslage* (nach drastischen Kürzungen der sowjetischen Lieferungen ist die Treibstoffversorgung nicht einmal bis zum Jahresende gesichert) bringt das Regime dem politischen Ruin womöglich näher als der Krieg der Contras. Ist das Regime in Managua jedoch nicht an einem Friedensschluß und dem Ende des Bürgerkriegs interessiert, gibt die amerikanische Regierung mit ihrer für die nächsten 18 Monate angekündigten Contra-Unterstützung den Sandinisten willkommene Legitimationshilfe für eine Fortführung des Krieges und der Repression im Land. Ihrerseits sieht sich die antisandinistische Contra vom politischen Befriedigungsprozeß ausgeschlossen und leitet daraus die Notwendigkeit ab, das Regime militärisch weiter zu bekämpfen.

Die Machtverhältnisse im wirtschaftlich ausgebluteten, nur mit amerikanischer Wirtschaftshilfe überlebenden *El Salvador* sind ebenfalls in hohem Maße von äußeren Einflüssen bestimmt. Regierung und Guerilla stellten wie schon in den vergangenen Jahren offenbar bereits in den Vorverhandlungen so harte, für die andere Seite kaum annehmbare Bedingungen, daß sich die Frage nach wirklicher Verhandlungsbereitschaft stellt. Präsident Duarte's Handlungsspielraum wird von der ihm mißtrauenden politischen Rechten und der Armee zusätzlich eingeschränkt. Nach Aussagen eines kirchlichen Beobachters

sind in El Salvador beide Seiten nach sieben Jahren Bürgerkrieg jedoch etwas konzessionsbereiter geworden. Wie die antisandinistischen Rebellen in Nicaragua kann auch die mit kommunistischer Unterstützung operierende salvadorianische Guerilla den Krieg militärisch nicht gewinnen.

## Entscheidend ist die Haltung der USA

Nach wie vor liegt der entscheidende Machtfaktor für die Befriedung Mittelamerikas außerhalb der Region. Der ohne die USA entstandene Friedensplan wird mit amerikanischem Zutun scheitern oder gelingen. Es sei der erklärte Wille der amerikanischen Regierung, „im nationalen Interesse den Druck einer schlagkräftigen Widerstandsbewegung“ gegen das Regime in Managua zu verstärken, sagte Außenminister Shultz am 13. September vor dem außenpolitischen Ausschuß des amerikanischen Senats. Präsident Reagan hat seine *Bedingungen für eine Beendigung der Contra-Hilfe* erneut verschärft: Freie Wahlen in Nicaragua, freie Presse, das Recht der Opposition, sich politisch zu organisieren, die Abschaffung der Geheimpolizei, der Rückzug aller ausländischen Militärberater. Damit ist die Wahrscheinlichkeit, daß die entscheidenden politischen Kräfte, die sandinistische Regierung und die Vereinigten Staaten, vor Ende der Legislaturperiode 1988 jemals miteinander ins Gespräch kommen, auf Null gesunken. Es sieht so aus, als hätten die vereinten Anstrengungen der kleinen Staaten Mittelamerikas (eine nicht unwichtige Rolle spielt der guatemalteke Präsident Cerezo, der mit seiner Politik „aktiver Neutralität“ die Position Mittelamerikas zu stärken versucht) mit dem Abkommen von Guatemala zu einem ersten selbständigen Schritt auf den Frieden zu geführt, der dem mächtigen Nachbarn nicht gefällt. Als wären die innerzentralamerikanischen Hindernisse für weitere Schritte nicht Stolpersteine genug. *Gabriele Burchardt*

## Konfrontation im Sudan

### Christen werden mehr und mehr unterdrückt

Der größte afrikanische Flächenstaat, der Sudan, sorgt seit einigen Monaten für wenig positive Schlagzeilen. „Hunger im Südsudan“, schrieb am 6. Dezember 1986 die „Neue Zürcher Zeitung“, über gravierende „Versorgungsprobleme“ und „schwere Schuldenlasten“ berichtete das „Handelsblatt“ am 30. Juli 1987. Als Ende Juli die Nachrichtenagentur AP die Verkündung des Ausnahmezustandes im Sudan meldete, der zehnmal so groß ist wie die Bundesrepublik, aber nur von rund 23 Millionen Menschen bevölkert wird, kündigte sich bereits eine ernste Regierungskrise unter dem streng moslemischen Ministerpräsidenten *Sadek Al Mahdi* an. Nach 16monati-

ger Regierung scheiterte er schließlich am 22. August 1987, die Regierungskoalition zwischen demokratischer Unionspartei (DUP) und der moslemischen Umma-Partei war zerbrochen. Die Nachrichtenagentur AP meinte dazu: „Der Bruch der Koalition ist vorläufiger Höhepunkt einer seit langem anhaltenden sozialen, wirtschaftlichen Krise im größten afrikanischen Land.“

Wenn man den Sudan besucht, bekommt man bald die zugespitzte wirtschaftliche und religionspolitische Situation zu spüren. 1963 hatte der damalige Staatspräsident *Gaafar Numeiri* die rigorose islamische Gesetzgebung, die Scharija, eingeführt. Islamisches Gesetz sollte für alle

gelten – auch für Christen und Animisten; immerhin bekennen sich etwa drei Millionen Sudanesen zum Christentum, etwa sechs Millionen sind Animisten. Viele der über 500 Stämme werden auch heute noch von traditionellen Naturreligionen und Stammesriten bestimmt. Vor allem der Südsudan ist von Christen und Animisten geprägt. Diese Region steht allen Versuchen einer Arabisierung und Islamisierung nicht nur ablehnend, sondern feindselig gegenüber. Es war daher auch der Süden, wo sich 1983 unter Führung des übergelaufenen christlichen Oberst *Garang* Widerstandskämpfer gegen die Regierungszentrale im Norden, in der Hauptstadt Khartum, sammelten. Mittlerweile hat sich die Situation im Süden zu einem verzweigten Bürger- und Guerillakrieg ausgedehnt. Dieser Bürgerkrieg trieb nicht nur fast 400 000 Flüchtlinge vom Süden in den Norden, er führte zu Tausenden Toten und zu folgenschweren Versorgungsengpässen, er zwingt die Regierung zu immer neuen Militärausgaben, mit der Konsequenz, daß die erdrückende Schuldenlast der Regierung in Khartum mittlerweile bei 12 Milliarden US-Dollar liegt. Die Islamisierung des sudanesischen Alltags, eingeleitet durch Numeiri, führte aber auch zu einer gefährlichen Konfrontation zwischen Christen und Muslimen, zu einem Abbruch des Dialogs, zu kämpferischen Auseinandersetzungen. Zwar hatte Sadek Al Mahdi bei seiner Regierungsübernahme im April 1986 versprochen, die Scharija außer Kraft zu setzen, doch de facto war er nicht in der Lage, den islamischen Totalitätsanspruch zu reduzieren.

Erzbischof *Gabriel Wako* in Khartum kann für die Vorherrschaft des Islam zahlreiche Beispiele und Dokumente vorlegen. Seit 18 Jahren darf er in seiner Erzdiözese Khartum keine neue Kirche bauen, obwohl gerade durch die Flüchtlinge aus dem Süden die Zahl der Katholiken erheblich angewachsen ist, immer mehr neue Stadtteile entstehen. Das Erwerben von Grund und Boden wird der Kirche nahezu unmöglich gemacht. Dagegen schießen neue Moscheen mit ihren grazilen Minaretts wie Pilze aus dem Boden. Während die muslimischen Gebetsstätten sich demonstrativ vermehren, werden die christlichen Kirchen demonstrativ ins Getto gedrängt. Das Haus des Erzbischofs ist mittlerweile wie jedes andere kirchliche Gebäude von einer hohen Mauer und schweren Eisentoren umgeben, die Tag und Nacht von eigenen Leuten bewacht werden. Erzbischof Wako versichert, daß diese bedrückende Situation nicht nur für die Hauptstadt, sondern auch für die Provinz gilt. Er berichtet, daß in der Ortschaft Heiban die Behörden verhinderten, daß eine Lehmkapelle durch einen Neubau ersetzt wurde. In El Obeid schließlich hatte die griechisch-orthodoxe Gemeinde, deren Mitglieder unter dem Druck des Bürgerkrieges fortzogen, ihre Kirche der katholischen Diözese überlassen, die dort ein Priesterseminar unterbringen wollte. Obwohl alle staatlichen Genehmigungen vorliegen, konnte der Umbau bisher nicht beginnen. Die Kirche dient vielmehr – so Erzbischof Wako – mittlerweile als öffentliche Latrine und Unterschlupf für Flüchtlinge und Landstreicher. In Malakal,

einer Großstadt mit mehr als 450 000 Einwohnern, wurden in den vergangenen Monaten von sieben Pfarrzentren fünf zerstört.

Erzbischof Wako berichtet von Gesprächen und detaillierten Eingaben an die Regierung. „Es gibt Zusagen mit schönen Worten, aber faktisch ändert sich nichts“, sagt er. Das Religionsministerium sei vollkommen in den Händen von Muslimen. Sie begünstigten den Islam und behinderten jegliche Aktivität der Christen.

Eine zentrale Forderung der sudanesischen Bischofskonferenz an die Regierung heißt daher: Reorganisation des Ministeriums für religiöse Angelegenheiten. Die Bischöfe schlagen die Gründung eines eigenen, gleichberechtigten Sekretariats für christliche Angelegenheiten vor. Ob man auf diesen Vorschlag eingeht, scheint jedoch mehr als fraglich. Nach Aussagen des Bischofs wird die offizielle Politik mittlerweile von einflußreichen, extremistischen Moslems bestimmt. Wako schätzt diese fundamentalistisch ausgerichtete Gruppe auf etwa 100 000 Mitglieder. „Eine Minderheit beherrscht die Mehrheit“, meint er. Da alle Verhandlungen mit offiziellen Regierungsvertretern bisher erfolglos blieben, suchen die Bischöfe verstärkt die Öffentlichkeit. Sie appellieren an Hilfswerke wie Missio, auf ihre Verfolgungssituation aufmerksam zu machen, und sprechen in eigenen Hirtenbriefen eine sehr deutliche Sprache. So heißt es in einem Schreiben an die Gemeinden der Erzdiözese Khartum: „Die Zwangseinführung islamischer Gesetzgebung bewirkt Spaltung im Land: Eine Gruppe ist gegen die andere, und so arbeiten Sudanesen gegeneinander. Sie fördert religiöse Konflikte. Sie schränkt die Gleichheit so sehr ein, daß Ungerechtigkeit und Diskriminierung aus religiösen Gründen geschürt werden.“

## Von Extremisten erzeugte Pogromstimmungen

Der südsudanesische Erzbischof *Paolino Lukudo Loro* warf der Regierung öffentlich vor, existierende Strukturen der Ungerechtigkeit in dem Land zu verfestigen anstatt abzubauen. Alle christlichen Kirchen sprechen im Sudan von einem „Programm der Arabisierung“, das die kulturelle Vielfalt zerstört. Auf einem Symposium aller christlichen Kirchen am 29. Juni dieses Jahres, veranstaltet in der St.-Theresia-Kathedrale von Kator, erklärte man gemeinsam: „Die Konferenz Christlicher Kirchen verurteilt alle Versuche, den Sudan zu arabisieren. Selbst wenn wir freiwillig uns der Arabisierung unterwerfen und Moslems werden würden, wären wir nicht mehr als Sklaven, Menschen zweiter Klasse – denn das ist ihre Mentalität.“ Auf dieser Versammlung warf man der Regierung Khartum offen vor, unmenschliche Mittel zu gebrauchen, um Christen zu unterdrücken, um eine Ausweitung des Christentums zu verhindern. Seit 1983 wird ein Abfall vom Islam mit dem Tode bestraft. Heiratet ein Christ einen Muslim, so muß der Christ zum islamischen Glauben übertreten. Erzbischof Wako ergänzt, daß bei

der Vergabe von Arbeitsplätzen im staatlichen Dienst eindeutig Muslime bevorzugt werden.

Am 18. August 1987 bekundete der Essener Bischof *Franz Hengsbach*, Vorsitzender der Kommission Weltkirche der Deutschen Bischofskonferenz, in einem Telegramm an Erzbischof Wako seine Solidarität mit den sudanesischen Katholiken. Er sei „bestürzt und tief erschüttert über die wachsende Verfolgung der katholischen Kirche im Sudan . . ., wo Katechisten und kirchliche Mitarbeiter spurlos verschwinden und ermordet werden“. Ausgelöst wurde diese Solidaritätsbekundung durch einen detaillierten Bericht von Missio-Präsident *Bernd Kaut*, der sich vor Ort ein Bild von der Situation der Kirche im Sudan gemacht hatte.

Daß die Bedrohung für die Christen vor allem im Südsudan weiter eskaliert, zeigen die zunehmenden Angriffe radikaler moslemischer Gruppen auf den weitgehend christlichen Stamm der Dinkas. Die katholische sudanesishe Monatszeitschrift „Renewal“ berichtet in ihrer Juli-Ausgabe auf Seite 1 von einem Massaker in Nesitu. Über 30 Männer, Frauen und Kinder seien dort im Juni von fanatischen Moslems getötet worden. Und die Nachrichtenagentur Reuter berichtet am 21. August 1987 von einem neuen Massaker unter den Dinkas in der südsudanesischen Stadt Wau. Nach Angaben westlicher Diplomaten seien dort mindestens 250 Dinkas getötet worden, weil sie verdächtigt worden seien, mit den Rebellen zusammenzuarbeiten. Der schwerwiegendste Zwischenfall ereignete sich jedoch am 27./28. März 1987 in der Kreisstadt Al Diein. Seit 1964 waren bereits Tausende Dinkas in diese, heute etwa 60 000 Einwohner zählende Stadt geflohen. Etwa 17 000 Dinkas sollen hier mittlerweile leben. Vor 23 Jahren gründete die katholische Kirche in Al Diein, nahe dem Viertel der Dinkas, eine Gemeinde mit einer Schule und einer Sozialstation, die für alle offen stand. Von Anfang an stieß die katholische Gemeinde auf Mißtrauen und Widerstand, vor allem bei der tonangebenden moslemischen Gruppe der Rizeigats. Sie versuchte auf gerichtlichem Weg, durch Eingaben an die Provinzialregierung, das Gemeindeleben lahmzulegen. Dem zuständigen Bischof von El Obeid, *Macram Gassis*, gelang es nur mühsam, sich gegen die Störungsversuche der Rizeigats durchzusetzen. Doch dann kam der 27. März 1987 – mit einem grausamen Massaker unter den Dinkas in Al Diein, über das zwei Muslime, *Ushari Ahmad Mahmud*, Dozent am Institut für Afrikanische und Asiatische Studien an der Universität Khartum, und *Suleyman Ali Baldo*, Dozent an der Geisteswissenschaftlichen Fakultät, eine 33seitige Dokumentation angefertigt haben. Sie trägt den Titel „Menschenrechtsverletzungen im Sudan 1987 – das Massaker von Al Diein – Sklaverei im Süden“. Nach ihren Nachforschungen hatten sich am 27. März 1987 etwa 25 Dinkas zu einem abendlichen Gebet in der Kirche versammelt. Als sie anschließend noch zusammensaßen, wurden sie von etwa 50 radikalen Rizeigats angegriffen. Mit Säbeln, Messern und Gewehrkolben schlugen sie auf die christlichen Dinkas ein,

vertrieben sie aus der Kirche, um daraufhin das benachbarte Dinka-Wohnviertel zu stürmen, Häuser zu zerstören, zu plündern und anzuzünden, die Bewohner in Panik zu versetzen. Polizei und Feuerwehr wurden daran gehindert, den Dinka-Stadtteil Hillat Flog zu sichern. Vor dem unerwartet aufgeflamten Pogrom suchten Tausende Dinkas Schutz bei der Polizei. Die Polizei aber war oder wollte nicht in der Lage sein, diese Volksgruppe vor einem gewaltsamen Übergriff fanatischer Muslime zu schützen. Man verteilte die Schutzsuchenden auf einen Schulhof, der von einer Mauer umgeben war, und einige hundert brachte man in Eisenbahnwaggons, die auf dem nahegelegenen Bahnhof standen. In der Nacht vom 27. auf den 28. März rotteten sich – so die Dokumentation – mehrere hundert bewaffnete Araber zusammen und griffen die Schutzsuchenden Dinkas an. Sie schleuderten in den Schulhof Benzinbomben, einige Eisenbahnwagen wurden mit Benzin übergossen und in Brand gesteckt. Mindestens 1000 Menschen starben. Darüber hinaus belegt die Dokumentation, daß einige Kinder als Sklaven entführt wurden.

## Die Verfolgungssituation dürfte sich noch verschärfen

Obwohl die beiden muslimischen Wissenschaftler Ushari Ahmad Mahmud und Suleyman Ali Baldo den Vorgang in Al Diein detailliert rekonstruiert, mit Skizzen und Zeugenaussagen untermauert haben, hat die Regierung bis heute keine Untersuchungskommission eingesetzt, niemanden zur Rechenschaft gezogen, kein Mitglied der fanatischen Rizeigats festgenommen. In der Dokumentation werden Namen von Polizisten und Militärs genannt, die offensichtlich ihrer Funktion nicht gerecht geworden sind. Das tatenlose Zusehen der Regierung untermauert bei den Christen den Verdacht, daß mittlerweile jegliches Mittel recht ist, um Christen einzuschüchtern und zu dezimieren. Das Vertrauen in den Staat ist erschüttert.

Unter diesen geschilderten Umständen ist eine geregelte Seelsorge kaum noch möglich. Mehrere Priester sind vermißt, andere von jeglicher Kommunikation mit ihrem Bischof abgeschnitten. Priesternachwuchs gibt es kaum. Von den rund 160 Priestern in den acht Diözesen sind nur etwa 50 Sudanesen. Die Entfernungen zwischen den einzelnen katholischen „Stützpunkten“ sind groß. Von den Priestern, die in den vergangenen 25 Jahren geweiht wurden, haben mittlerweile etwa 30 Prozent ihr Amt aufgegeben. Viele Priester sind durch die Einsamkeit zermürbt, halten die tägliche Diskriminierung nicht aus. Einreisegenehmigungen für ausländisches kirchliches Personal werden äußerst restriktiv erteilt. Dagegen sind Ausweisungen von Missionaren nach wie vor an der Tagesordnung. Erzbischof Wako fürchtet, daß die Lage im Sudan nicht nur unsicher bleibt, sondern die Verfolgungssituation sich noch weiter verschärfen wird. Eine Verbesserung könne es nur geben, wenn der Einfluß extremistischer Muslime gebrochen wird. *Jürgen Hoeren*